

Das Leitbild der resilienten Gesellschaft

1 Realpolitik und ihr Leitbild

Realpolitik ist immer die Politik der kleinen Schritte, häufig die der kleinen oder großen Kompromisse, die für den oft wenig geneigten Wähler allzu oft das eigentliche Ziel schwer erkennen lassen. Der Erfolg von sozialdemokratischer Realpolitik bemisst sich primär am erzielten gesellschaftlichen Fortschritt und nicht am größtmöglichen Wirtschaftswachstum. Gesellschaftlicher Fortschritt verlangt allerdings nach einer Vision oder – etwas defensiver formuliert – einem **Leitbild**, vor dessen Hintergrund dieser messbar und Realpolitik verständlich wird. Realpolitik versteht sich als Mittel zum Zweck, das stimmige Zusammenwirken beider führt zu glaubwürdiger Politik.

Leitbilder verändern sich mit den Herausforderungen, denen sich eine Gesellschaft gegenüber sieht, sie hängen vom gesellschaftlichen Standpunkt, den man einnimmt, ab und bedürfen einer stetigen Fortentwicklung. Ein Leitbild sollte den Kern der Botschaft möglichst präzise und gleichzeitig anschaulich fassen; vor diesem Leitbild müssen die vielen einzelnen realpolitischen Schritte bestehen und den Weg dorthin nachvollziehbar werden lassen. In meinem Beitrag möchte ich mein ganz persönliches und im Laufe einiger Jahre entstandenes Leitbild erläutern und an ausgewählten Beispielen konkret werden lassen.

Mit der **resilienten Gesellschaft** greife ich einen Begriff aus der Soziologie auf und interpretiere ihn vor den sozialdemokratischen Grundwerten. Hieraus ergibt sich ein neuer Blickwinkel auf relevante Fragestellungen. Allerdings löse ich den Begriff der Resilienz von der Soziologie und beziehe resiliente Ansätze in anderen Themenbereichen mit ein. Ich selbst stolperte über diesen Begriff während eines Vortrags zur Bewältigung der Folgen des Klimawandels.

Resilienz ist ein schillernder Begriff – ein Begriff, der mal mit *Widerstandsfähigkeit* oder *Widerstandskraft*, mal mit *Flexibilität*, mal mit *Nachhaltigkeit*, mal mit *Abfederungsvermögen*, mal mit *Fehlertoleranz* oder *Krisentoleranz* umschrieben wird. **Resilienz ist ein Begriff, der über jeden einzelnen dieser Begriffe hinausgeht und erst in der Zusammenschau aller greifbar wird.** Er ist ferner ein Begriff, der in der öffentlichen Diskussion noch kaum besetzt und damit relativ unverbraucht ist.

2 Die resiliente Gesellschaft

Ein System ist resilient, wenn es trotz widriger Umstände intakt bleibt. Ein einfach erscheinendes Beispiel hierfür wäre die Stromversorgung einer Ortschaft, die trotz eines schweren Sturms nicht ausfällt. Dies lässt sich erreichen, indem Stromkabel **vorbeugend** unterirdisch verlegt werden, indem **vorbeugend** mehr als eine Energiequelle genutzt wird und indem **vorbeugend** kleine voneinander unabhängige Versorgungseinheiten geschaffen werden.

Ein resilientes System mag auf den ersten Blick teurer sein. Der langfristige Blick zeigt jedoch, dass **vorbeugende** Investitionen spätere Reparaturausgaben vermeiden oder zumindest verringern. Am oben erwähnten Beispiel: Die unterirdische Verlegung ist deutlich teurer als das Spannen überirdischer Stromkabel; im Falle eines Sturmes werden letztere jedoch leichter zerstört, die Stromversorgung bricht lokal zusammen und es entstehen Folgekosten. Ein resilientes System ist langfristig günstiger. Eine **resiliente Gesellschaft** zeichnet sich dadurch aus, dass

- die Menschenrechte und die Würde jedes Einzelnen unantastbar,
- ihr sozialer Zusammenhalt und ihr sozialer Frieden,
- die Teilhabe aller am gesellschaftlichen Miteinander,
- ein geringes Maß an Ungleichheit,
- ihre ökologischen Grundlagen,
- die innere Sicherheit,
- die Funktionsfähigkeit ihrer Verwaltung (so schlank wie möglich, so redundant wie nötig),
- und ihre Integrationsfähigkeit

auch bei großen Herausforderungen erhalten bleiben. Solche Herausforderungen sind beispielsweise die Globalisierung, die Digitalisierung, die steigende Lebenserwartung, Finanzkrisen, Migrationsbewegungen und der Klimawandel.

Die resiliente Gesellschaft **beugt Herausforderungen vor** und sichert sich gegen Risiken ab. Damit wird das Rad gewiss nicht neu erfunden, der Resilienz-Gedanke bietet aber einen anderen, umfassenderen und damit auch neuen Blickwinkel auf die Gesellschaft. Die Idee der resilienten Gesellschaft dient mir als Leitbild, an dem ich mich orientiere, an dem ich konkrete Vorschläge zu unterschiedlichen Politikbereichen entwickle, prüfe und bewerte. Ich halte das Leitbild einer resilienten Gesellschaft für empfehlenswert.

3 Resilienz als Leitbild für die Sozialdemokratie

Der einzelne Mensch kann nicht resilient werden. Hierzu braucht es eine Gesellschaft, die die Risiken des Einzelnen abfedern kann. Hierzu braucht es einen funktionierenden Staat, der

Herausforderungen früh erkennt und vorbeugend aktiv wird. Dieser Staat gibt der Gesellschaft den Rahmen, mit dessen Hilfe sie dafür sorgt, dass auch der Einzelne resilient wird.

Diese **Resilienz vermittelt** dem einzelnen Menschen **Geborgenheit**. Diese **Geborgenheit nimmt Zukunftsängste**, setzt Kräfte und Fantasie frei und erlaubt die Selbstentfaltung des Einzelnen zum Wohle der Gesellschaft. Diese **Geborgenheit ermöglicht** seine **Teilhabe** am sozialen Miteinander.

Der Sozialdemokratie kommt die Aufgabe zu, für alle wichtigen Lebensbereiche resiliente Ansätze zu entwickeln, die den Einzelnen absichern, ertüchtigen und ihm die Freiheit und Chance zur Selbstentfaltung zum Wohle der Gesellschaft geben. So bleibt die Gesellschaft auch unter widrigen Randbedingungen solidarisch und sorgt für Freiheit und gleiche Chancen jedes einzelnen Mitmenschen.

Sozialdemokratische **Realpolitik**, und damit jede konkrete Reform, jede Einzelmaßnahme, jedes Gesetzesvorhaben muss sich konsequent **an diesem Leitbild messen** lassen.

4 Resilienz an einem Beispiel aus der Sozialpolitik

Die Väter der Agenda 2010 waren guten Willens, den Staatshaushalt zu sanieren, die Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme durch Einsparungen zu sichern und durch Schaffung eines Niedriglohnsektors nach dem Motto *sozial ist was Arbeit schafft* die Arbeitslosigkeit zu reduzieren. Arbeitsunwillige sollten durch ein umfangreiches Sanktionierungsregime gefordert, die Leistungsempfänger durch Offenlegung ihrer Vermögen an den Kosten beteiligt werden – nach dem Motto *wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen*. Schon der erste Blick offenbart, dass es sich hierbei um keinen resilienten Ansatz handelt. Der zweite Blick, der die vielen Förderinstrumente zur Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt einbezieht, ändert an dieser Einschätzung nichts.

Die **Agenda 2010** war aus dem Blickwinkel der Resilienz ein schwerer Fehler. Sie zerstörte die Geborgenheit, indem sie dem Einzelnen die Schuld an seiner Erwerbslosigkeit zuschiebt. Sie zerstört die Zukunftshoffnungen der betroffenen Kinder, die unter **mangelnder sozialer Teilhabe** leiden und stigmatisiert werden. Sie führt zu **Abstiegsängsten** derer, die in Lohn und Brot sind. Sie führt zu Ängsten von Eltern, die fürchten, dass es ihren Kindern später nicht besser gehen könnte. Die Agenda 2010 war ein schwerer Fehler, weil sie das soziale Netz löchrig gemacht und die Würde von Millionen von Menschen angetastet hat.

Eine bemerkenswerte Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung mit dem Titel *Angst im Sozialstaat – Hintergründe und Konsequenzen* erläuterte kürzlich den Zusammenhang zwischen Abstiegsängsten und dem Aufstieg rechtspopulistischer bis rechtsextremer Kräfte. Sie belegt eindrucksvoll, wie eine solche Politik der Gesellschaft und letztlich dem gesamten Land erheblichen Schaden zufügt.

Ein meines Erachtens vielversprechendes und resilientes **Konzept zur Überwindung von Hartz IV** hat kürzlich der Paritätische Wohlfahrtsverband vorgelegt. Die erwähnten Abstiegsängste beruhen nicht zuletzt auf einem als gängelnd empfundenen Sanktionsregime, das es erlaubt, das als Regelsatz definierte **Existenzminimum** teilweise oder ganz zu kürzen. Abgesehen davon, dass ich es nicht für resilient und nebenbei bemerkt auch für inhuman halte, das Existenzminimum anzutasten, lehrt mich zumindest meine Erfahrung, dass **Sanktionen**

wesentlich **weniger bewirken als Belohnungen** an freiwilligem Engagement freisetzen. Ich spreche mich daher für eine sanktionslos gewährte Grundsicherung auf Höhe des Existenzminimums aus, die sich durch Belohnungen aufstocken lässt.

Ein ganz wesentlicher Teilaspekt dieser Agenda war ferner die massive Ausweitung der **Leiharbeit**, die zusammen mit den Hartz-IV-Regelungen zur von den Initiatoren gewünschten Schaffung eines großen Niedriglohnsektors beitrug; wollte man Leiharbeit resilient gestalten, könnte man diese durch einen deutlichen *Risikoaufschlag* einerseits für Arbeitgeber unattraktiver machen – und damit auf ihre eigentliche Aufgabe zurück stützen – und andererseits dem Arbeitnehmer eine finanzielle Absicherung des mit dem unsichereren Arbeitsplatz einhergehenden persönlichen Risikos anbieten.

5 Verringerung der Ungleichheit stärkt Resilienz

Einkommens- sowie Vermögensungleichheit sind Quellen vieler Konflikte in der Gesellschaft – von Abstiegsängsten vor prekären Verhältnissen bis hin zu unangemessen hohen Vergütungen von Vorstandsvorsitzenden in der Wirtschaft. In einer Gesellschaft gibt es tendenziell weniger Konflikte, wenn die Ungleichheit von Einkommen und Vermögen vergleichsweise gering sind.

Ein wesentliches Ziel politischen Handelns nimmt dabei das Ziel ein, die Fokussierung auf Kosteneffizienz zu durchbrechen. **Hierbei kommt der Umverteilung über ein solidarisches Steuersystem eine zentrale Rolle zu.** Das Handeln des vorsorgenden Staates muss daher in allen Politikfeldern mögliche Auswirkungen für die Ungleichheit innerhalb der Gesellschaft thematisieren und analysieren. Ungleichheit steigt erfahrungsgemäß mit sinkender Beschäftigungsquote – daher sollte die Politik im Zuge des technologischen Wandels, z. B. der Digitalisierung, beschäftigungsfördernde Innovationen bevorzugen. Viele Tätigkeiten des Alltags haben zwischenmenschliche Aspekte, persönliche Kontakte, die es im Sinne einer resilienten Gesellschaft zu fördern gilt. Angefangen bei der Pflegekraft – in vielen Fällen der einzigen echten Bezugsperson –, die man nicht unbedingt durch einen Pflegeroboter ersetzen muss, bis hin zu selbstfahrenden Taxis, deren fehlender Fahrer den Gast eben nicht mehr über örtliche Gegebenheiten informiert; der Gewinn durch die Rationalisierung ließe sich hier durch Anreize wie eine Maschinensteuer verringern. In diesen Themenkreis gehört auch die Förderung des lokalen Kleingewerbes zu Lasten weniger Groß- oder gar Versandhändler; hier werden gesellschaftlicher Zusammenhalt und Beschäftigungsquote gefördert; der Gedanke der Resilienz taucht hier wieder sehr konkret auf, nämlich in der Förderung kleinerer und damit weniger von funktionierendem Großhandel abhängiger Einheiten. Diese Themen fielen ins Wirtschafts- und Finanzressort. Einige Beispiele zur Abbau von Ungleichheit in einem solidarischen Steuersystem sind:

- Finanzmarkttransaktionssteuer (Tobin-Steuer), insbesondere unter Einbeziehung sog. Derivat-Geschäfte
- progressives Einkommensteuersystem mit deutlich höheren Spitzensteuersätzen
- bei Einkommen unterhalb des Steuerfreibetrags negative Einkommensteuer, weil vom Steuerfreibetrag zunehmend derjenige mit höherem Einkommen profitiert

- deutlich höheres Kindergeld, das allerdings mit dem Grenzsteuersatz besteuert wird
- anstelle einer Erbschaftssteuer schlage ich eine lebenslange Kapitalzugangssteuer vor: oberhalb eines Freibetrags werden sämtliche Schenkungen und Erbschaften versteuert (Firmenerben müssen entlastet werden, z. B. durch Anrechnung von rentablen Investitionen auf die Steuer)

Weitere Beispiele für Maßnahmen, die Ungleichheit entgegenwirken und somit die Resilienz des Einzelnen in der Gesellschaft fördern:

- Ungleichheit nimmt tendenziell ab, wenn die Machtbalance zwischen Arbeitgebern und Gewerkschaften funktioniert, und wenn letztere möglichst breit in der Arbeitnehmerschaft verwurzelt sind. So kann man quantitative signifikante Anstiege des Gini-Koeffizienten in Phasen stärkerer Regulierung von Gewerkschaften beobachten.
- Kleinsparer können durch ein staatliches Sparbrief-System (mit personenbezogener Vermögensobergrenze) vor zu geringen Kapitalmarktzinsen geschützt werden. Diese Sparbriefe erhalten eine Mindestrendite, durch die ein positiver Realzinssatz garantiert wird.
- Ein öffentlicher Beschäftigungssektor kann eine sinnvolle Alternative zu einem bedingungslosen Grundeinkommen sein, das Arbeit vom Kapital entkoppelte und die Arbeitgeber aus jeglicher Verantwortung fürs Gemeinwohl entließe.
- Der Mindestlohn muss eine existenz- und teilhabesichernde Höhe haben; ferner muss er bei Vollzeitbeschäftigung eine existenzsichernde – resiliente – Altersrente ergeben.

6 Resilienz am Beispiel der Migrations- und Flüchtlingspolitik

Soziale Resilienz wird durch Teilhabe am sozialen Miteinander erreicht, welche wiederum durch konsequenten Schutz vor Armut sowie durch konsequente Integration gefördert wird. Zu den sozialen Gruppen, die besonders von Armut betroffen sind, zählen neben Rentnerinnen und Rentnern, Einpersonenhaushalten, gering qualifizierten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern insbesondere Menschen mit Migrationshintergrund.

Integrationsmaßnahmen und das Erlernen der deutschen Sprache müssen daher **verpflichtend für alle sein, die auf Dauer bei uns leben wollen**. Solche Maßnahmen sollten nicht nur für die verpflichtend sein, die die deutsche Staatsbürgerschaft erwerben wollen, sondern sollten an die Verlängerung von Aufenthaltstiteln über einen Grundzeitraum hinaus (Vorschlag: zwei Jahre) gebunden werden.

Es ist zwischen Migration aus wirtschaftlichen Gründen und Flüchtlingsbewegungen zu unterscheiden. Seit langem ist bekannt, dass sich Europa großen wirtschaftlich motivierten Migrationsbewegungen gegenübersehen wird, wenn die Ungleichgewichte zwischen Nord- und Südhalbkugel sich aus ökonomischen und ökologischen Gründen weiter verschärfen. Es erscheint aus meiner Sicht daher wesentlich sinnvoller, den real in den entsprechenden Ländern investierten Entwicklungshilfshaushalt auf 1.5 % des BIP zu erhöhen, um in signifikanter Zahl z. B. Ausbildungsstipendien anzubieten, das Bildungssystem zu unterstützen sowie

wirtschaftliche Aufbauhilfe zu leisten – als den Verteidigungsetat auf 2 % anzuheben. Ebenso müssen dem UNHCR ausreichende Mittel gewährt werden, um möglichst nahe am Ursprungsort liegende und menschenwürdige Flüchtlingsunterkünfte betreiben zu können, um Flüchtlingsmigration und das damit verbundene Schlepperunwesen einzudämmen.

Kurz zusammengefasst müssen in beiden Fällen alle möglichen Maßnahmen ergriffen werden, um den Menschen ein würdiges Leben vor Ort zu ermöglichen sowie wirtschaftlichen Aufstieg aufgrund eigener Leistung und einer temporären Ausbildung auch in Europa zu ermöglichen. Gleiches gilt für Kriegsflüchtlinge, die gewisse Einschränkungen in Kauf nehmen werden, solange sie unter würdigen Bedingungen leben und keinen Hunger leiden. Man möge sich daran erinnern, dass die große Flüchtlingsbewegung im Herbst 2015 dadurch ausgelöst wurde, dass dem UNHCR die Mittel für Nahrungsmittel für die lokal untergebrachten Flüchtlinge fehlten, weil wichtige Beitragsstaaten der UN ihren Anteil nicht entsprechend bezahlt hatten.

7 Resilienz am Beispiel der Umwelt- und Klimapolitik

Der Klimawandel ist nicht mehr abzuwenden. Der Klimawandel wird große Umwälzungen mit sich bringen – nicht nur für die Umwelt, sondern insbesondere für die Menschen, die auf diesem Planeten leben. Resilienz bedeutet, die Gesellschaft widerstandsfähig zu machen gegen diese Veränderungen. Resilienz unter sozialdemokratischen Vorzeichen bedeutet, die Folgen des Klimawandels solidarisch in der Gesellschaft aufzufangen und deren Randbedingungen so zu gestalten, dass keine neuen Ungleichheiten entstehen. Deshalb ist ein wesentliches Ziel **sozial-ökologische Gerechtigkeit**, die das Ziel sozialer Gerechtigkeit für unsere Zeit auf Basis einer solidarischen Klima- und Umweltpolitik weiterentwickelt.

Grundsätzliche Beispiele einer solidarischen Klimapolitik sind:

- konsequente Umstellung der Energiegewinnung auf erneuerbare Quellen unter ebenso konsequenter Vermeidung sozialer Härten, z. B. bei der EEG-Stromumlage, die man bei der o. g. negativen Einkommensteuer berücksichtigen könnte – z. B. wohnen gerade Geringverdiener tendenziell in energetisch weniger gut sanierten Wohnungen.
- Beim unbedingt notwendigen Aufbau von Energie Speichern kommt es zum Konflikt zwischen Klima- und Umweltschutz, wenn z. B. Lithium-Ionenbatterien angedacht werden (problematische Li-Gewinnung) oder Pumpspeicherkraftwerke gebaut werden sollen.
- Positives Framing der Digitalisierung, die den Umstieg auf Erneuerbare Energien sowie deren Einsatz deutlich resilienter gestalten kann.
- Verlegung der großen Stromtrassen unter die Erde, die damit vor Stürmen geschützt sind, deren Zahl und Stärke gemäß aktueller Klimamodelle zunehmen werden – dies vermeidet Reparaturkosten und die Mittel können dem sozialen Ausgleich dienen.
- kostenloser ÖPNV, insbesondere auch auf dem Land; stufenweise Einführung zunächst für besondere Bevölkerungsgruppen, Teilfinanzierung durch die unten diskutierte Klimasteuer.

All diese Maßnahmen kosten Geld. Damit diese Kosten sozial ausgewogen verteilt werden, sollte eine **Klimasteuer (oder sog. CO₂-Steuer)** erhoben werden, die als Vorauszahlung pro Kopf erstattet wird. Dies hat den Vorteil, dass jeder durch Verringerung seines CO₂-Fußabdrucks profitieren kann und somit eine Lenkungswirkung hin zu weniger Emissionen erzielt wird. Praktisch sollte diese Steuer an jeder Quelle erhoben werden; bei jedem geförderten oder importierten Liter Öl, Gas oder jeder Tonne Kohle wird die dem CO₂-Äquivalent entsprechende Steuer aufgeschlagen. Gleiches gilt für importierte Produkte. Mehrere Studien aus jüngster Zeit belegen (z. B. [Sachverständigenrat](#)), dass dieser Ansatz tatsächlich Umverteilungspotenzial hat und kleinere Geldbeutel eher entlasten wird. Eine feste Budgetierung der Emissionen, die auch vorgeschlagen wird ([Agentur Zukunft](#)), sehe ich aus praktischen Gründen skeptisch; für sinnvoller halte ich daher einen ansteigenden CO₂-Preis, der ohne konkrete Verbote und Kontrollen auskommt.

8 Schlussbemerkung

Unsere Gesellschaft steht vor großen, teils ungewissen Veränderungen. Das Leitbild der resilienten Gesellschaft liefert nach meiner Ansicht Antworten, mit Hilfe welcher Grundgedanken sich auf Basis der sozialdemokratischen Grundwerte Realpolitik sozialdemokratischer Prägung entwickeln lässt. Gleichwohl liegt hier natürlich kein umfassendes Parteiprogramm vor, denn mein Hauptziel lag in der Beschreibung einer teils bislang nach meinem Eindruck nicht bezogenen Perspektive auf unser Land, seine Ressourcen und seine Menschen.

Kontaktdaten: E-Mail – henning.spd@email.de; Twitter – [@hhoeppe](#)